Das Ausland zu den preußischen Vorgängen

Paris fürchtet Stärkung des Reiches

Paris, 21. Juli. Die Pariser Presse steht den Ereignissen in Deutschland ziemlich abwartend gegenüber. Bei aller Zurückhaltung, die sich die Blätter im Augenblick noch auferlegen, lassen sie jedoch eine gewisse feindliche Einstellung gegenüber den letzten Maßnahmen der Reichsregierung durchblicken, die sich durch die

Furcht vor einer nationalen Stärkung des Reiches

erklären läßt. Lediglich das dem großen Generalstab nahestehende „Echo de Paris" versteigt sich zu direkten Drohungen und legt der französischen Regierung nahe, das Saargebiet auf alle Fälle durch französische Truppen besetzen zu lassen. Obgleich man vorläufig den Ereignissen in Deutschland mit äußerster Zurückhaltung gegenüberstehen müsse, sei für die französische Regierung der Zeitpunkt gekommen, Deutschland daran zu erinnern, daß es kein Recht habe, einen einzigen Soldaten in die entmilitarisierte Zone einmarschieren zu lassen. Das linksgerichtete „Oeuvre" stellt die unsinnige Behauptung auf, daß die Maßnahmen der Reichsregierung durch die bevorstehende Ratifizierung des Lausanner Abkommens und den bevorstehenden Abschluß der ersten Phase der Abrüstungskonferenz bedingt worden seien, um der Reichsregierung nach innen und nach außen die notwendige Autorität zu geben. Die der Regierung nahestehende „Ere Nouvelle" behauptet, daß das Verschwinden des demokratischen Regimes in Deutschland die größte Gefahr für den Frieden bedeute. Der sozialistische „Populaire" schreibt,

die deutsche Republik habe am Mittwoch ihren letzten Pfeiler verloren.

Für die Demokratie und den Sozialismus sei der Mittwoch der katastrophalste Tag, den Deutschland seit dem Waffenstillstand und der Revolution erlebt habe.

Verständnis in England

London, 21. Juli. Die politischen Ereignisse in Berlin sind von der Londoner Presse ruhig und sachlich aufgenommen worden. Die „Times" veröffentlicht einen langen Bericht über die Ereignisse, die sie noch nicht bespricht. Die „Morning Post" hebt hervor, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich in erster Linie gegen die kommunistische Gefahr richten. Eine Absicht, die Verfassung zu ändern, brauche man in ihnen nicht zu sehen, denn diese sei in den letzten zwei Jahren bereits tot gewesen.

Die Diktatur liege in der Luft.

Wenn Hitler ans Ruder komme, so würde dies vielleicht der schnellste Weg zu Frieden und Ordnung sein. Hitler müßte dann bald beweisen, wie groß seine politischen Fähigkeiten seien. „Daily Telegraph" sagt, daß die Vorgänge nicht gegen die Verfassung verstießen. Das Reichskabinett sähe fester im Sattel, aber man wisse noch nicht recht, wohin es reite. „Daily Expreß" bewundert den Mut Hindenburgs, der mit eiserner Hand eingegriffen habe. Falls er Erfolg habe, würde es ein Triumph für ihn ohnegleichen in der Geschichte sein. Der Erfolg hänge jedoch von Papen ab.

Amerikanische Betrachtungen

Neuyork, 21. Juli. Die Neuyorker Blätter berichten auf ihrer Hauptseite ausführlich über die Ereignisse in Preußen. „Herald Tribune" erblickt, gestützt auf deutsche Linksblätter, in dem Vorgehen der Reichsregierung ein Zugeständnis an Hitler und Hugenberg und behauptet, Minister Schleicher beabsichtige, durch Uebertragung der Polizeigewalt auf die Reichswehr die Kontrolle über die SA. zu erhalten. Die „Times" sieht in dem Vorgehen von Papens das Wiederaufleben des alten deutschen Sinnes für öffentliche Ordnung. Außerdem sei die politische Absicht vorherrschend, durch strenge Maßnahmen bei den Reichstagswahlen Hitler das Wasser abzugraben. Das Blatt erwartet eine kommende Koalition zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Deutsch-irischer Handelsaustausch?

London, 21. Juli. Es verlautet, daß Dr. Mac Laughlen voraussichtlich auf Verlangen der Regierung des Irischen Freistaates eine Reise nach Deutschland angetreten habe, um dort die Möglichkeiten für einen Handelsaustauschverkehr zu untersuchen und festzustellen, ob und wieweit ein derartiger Plan auf eine günstige Annahme bei amtlichen und industriellen Kreisen rechnen könne. Der Plan der Verhandlungen soll angeblich weit über etwaige Kohlenankäufe hinausgehen und auch andere deutsche Erzeugnisse wie Elektrizitätsartikel umfassen, wogegen Irland sich einen entsprechenden Absatz in landwirtschaftlichen Produkten wie Eiern, Butter, Schlachtvieh sichern will. Dr. Mac Laughlen soll angewiesen sein, im Falle des Zustandekommens eines Austauschabkommens über Einfuhr deutscher Produkte nach dem Irischen Freistaat bestimmte Präferenzabkommen anzubieten.

Die Preußenaktion im Wahlkampf

Berlin, 21. Juli. In einer deutschnationalen Wahlkundgebung in Koblenz sprach

Dr. Hugenberg.

Er beschäftigte sich mit den neuesten innerpolitischen Ereignissen und betonte unter anderem: „Es ist heute eine Prognose in Erfüllung gegangen, die ich zuweilen in Freundeskreisen gestellt habe: Wenn einmal ein Umschwung kommen sollte, dann würde es nicht anders abgehen als so:

Entweder wird die preußische Regierung die Reichsregierung verhaften oder umgekehrt.

Es ist ein wahrer Segen, daß der Zustand endlich aufgehört hat, daß in Berlin zwei verschiedene große Behördenorganisationen sich gewissermaßen wie zwei feindliche Staaten gegenüberstehen, daß also auf diesem Weg ein Anfang gemacht wird, den Dualismus Preußen-Reich zu beseitigen. Ich brauche nicht zu sagen, daß wir diese Entwicklung der Dinge begrüßen. Wenn Sozialdemokratie und Zentrum nun Mordio schreien und davon reden, das sei ein Staatsstreich und eine Verfassungsverletzung, so muß ich darauf antworten: **Nein, keineswegs, denn das ist nur die logische Fortsetzung der Methode Brüning.**"

Adolf Hitler

sprach in nationalsozialistischen Kundgebungen in Kiel, Hamburg, Bremen und Lüneburg. Er führte unter anderem aus: „Wir befinden uns gegenwärtig an der Wende des deutschen Schicksals. Heute handelt es sich nicht um das Kabinett Papen, sondern heute gilt der Ruf:

Hier Zentrum und Sozialismus und hier deutscher Nationalsozialismus.

Das sind die beiden Weltanschauungen, die miteinander ringen. Wenn unsere Gegner erklären, die Nationalsozialisten wollten keine andere Partei neben sich dulden, so haben sie recht. Wir wollen, daß Deutschland endlich von dem Fluch der dreißig Parteien erlöst wird. Wenn nationale Politiker mir entgegenhalten, daß ich auch vor den bürgerlichen Parteien nicht haltmachen wolle, so sage ich ihnen: Vor denen erst recht nicht! Die Regierung Papen sei eine außerordentlich milde Regierung, obwohl jetzt endlich ein Anfang gemacht sei mit dem Durchgreifen.

Aber die schwarz-roten Herrschaften würden sich wundern, was ihrer harre.

In einer nationalsozialistischen Kundgebung in Münster forderte **Dr. Frick**, daß Braun und Severing als die Alleinschuldigen in Kriminalhaft genommen und unter Anklage gestellt würden. **Dr. Goebbels** gab in Apolda und in Jena seiner Befriedigung über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen Ausdruck. **Wenn in Preußen der Marxismus ausgeschaltet werde, dann sei er im ganzen Reich ausgeschaltet.**

Dr. Brüning sprach in Kundgebungen der Bayrischen Volkspartei in Augsburg und in München. Er betonte,

die Entwicklung in Preußen müsse große Sorgen bereiten.

Seines Erachtens seien die Vorbedingungen für die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nicht gegeben. Es bestehe die große Sorge, daß vielleicht alle diese Dinge immer weiter getrieben werden. Man werde vielleicht über die Ziele, die man sich gesetzt habe, automatisch hinausgetrieben.

Außerdem sprachen noch **Dr. Heim**, Staatsrat **Schäffer**, der betonte, die Reichsregierung scheine, wie die Vorgänge in Preußen bewiesen, ihre Befehle aus dem Braunen Haus zu empfangen. Was heute in Preußen geschehe, könne morgen einem anderen Land blühen. Deshalb müßten sich alle Länder gegen eine solche Vergewaltigung wehren.

In Gelsenkirchen sprach der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Reichstagsabgeordneter **Imbusch**. Er erklärte unter anderem: Die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen sei nach seiner Auffassung eine nichtberechtigte Maßnahme. Es wäre besser gewesen, man hätte statt dessen ein neues Uniformverbot erlassen. Viele Volkskreise hätten den Eindruck, daß wir heute eine Revolution von oben hätten.

In einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Osnabrück sprach der Führer der Partei, Reichstagsabgeordneter **Dingeldey**. Er erklärte, die letzten Wahlen hätten den eindeutigen Beweis erbracht, daß die Regierung der schwarz-roten Koalition in Preußen nicht mehr dem Willen der Mehrheit entspreche. Damit sei der Augenblick für die bisherigen Machthaber gekommen, mit Würde abzutreten und die Opposition an die Macht zu lassen. In zielbewußtem Zusammenspiel hätten die bisherigen Koalitionsgenossen das zu verhindern gewußt. Der Vorwurf sei insbesondere dem Zentrum zu machen, in dessen Hand es gelegen hätte, diese Entwicklung zu verhindern.

Deutschland nimmt an den Genfer Beratungen nicht teil

Vor der Erklärung Nadolnys

Genf, 21. Juli. In der im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz am heutigen Donnerstagnachmittag einsetzenden abschließenden Aussprache über die Vertagungsentschließung Beneschs und der sich daran anschließenden Abstimmung

wird der Führer der deutschen Abordnung, Botschafter Nadolny, gleich zu Beginn eine Erklärung abgeben, nach der die deutsche Abordnung an der Durchberatung und Abstimmung der einzelnen Teile der Vertagungsentschließung nicht teilnehmen wird.

Die Ablehnung der Vertagungsentschließung von deutscher Seite erscheint selbstverständlich. Die deutsche Abordnung behält sich vor, vor der Schlußabstimmung über die Gesamtentschließung eine Erklärung über den grundsätzlichen deutschen Standpunkt abzugeben.

Auf deutscher Seite wird die Lage dahin beurteilt, daß eine Stellungnahme der Abrüstungskonferenz zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung auf der gegenwärtigen Tagung der Konferenz nicht mehr zu erzwingen ist. Eine große Aussprache über die deutsche Gleichberechtigungsforderung wird im Interesse der Würde und des Ansehens des deutschen Volkes nicht für tragbar angesehen, da man es für völlig unangebracht hält, daß sämtlichen Mächten, auch den kleineren Staaten, die Möglichkeit gegeben wird, zu der deutschen Gleichberechtigungsfrage ihren Standpunkt darzulegen. Man fordert auf deutscher Seite vielmehr, daß eine bindende Stellungnahme der Konferenz herbeigeführt werden muß. **Man vertritt auf deutscher Seite die Auffassung, daß die Stellungnahme der Großmächte zu der Gleichberechtigungsfrage jetzt in kürzester Frist herbeigeführt werden muß und daß die Mitarbeit der deutschen Abordnung an der zweiten Etappe der Abrüstungskonferenz nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß die deutsche Gleichberechtigungsforderung bis dahin uneingeschränkte Anerkennung findet.**

Mussolini über die Kabinettsumbildung

Kein Wechsel in der Außenpolitik

Paris, 21. Juli. Der „Excelsior" veröffentlicht eine Unterredung, die ein gelegentlicher Mitarbeiter am Mittwochabend mit Mussolini hatte. Im Laufe dieser Unterredung teilte der Duce die Gründe mit, die ihn zur Umbesetzung der wichtigsten Posten der Regierung veranlaßt haben. Er wehrte sich dabei vor allem gegen die Behauptung, daß eine Aenderung der bisherigen Außenpolitik Italiens beabsichtigt sei. Das Prinzip, von Zeit zu Zeit die Führer zu wechseln, sei ein Bestandteil der Theorie des faschistischen Staates. Die Vorteile einer gelegentlichen Umbesetzung lägen besonders darin, daß sie die Erziehung junger Leute ermöglichten, aus der die Regierung jederzeit ihre Führer schöpfen könne. Alle Minister, die jetzt ersetzt worden seien, hätten in ihrer Regierungsarbeit eine hervorragende Arbeit geleistet. Dieses gelte insbesondere von Grandi, mit dem er acht Jahre zusammengearbeitet habe. Er habe auch die Absicht, alle mit neuen Posten zu betrauen.

Das 17. Todesopfer in Altona

Altona, 21. Juli. Nach Mitteilung des Städtischen Presseamtes ist im Krankenhaus ein weiterer Schwerverletzter der Unruhen vom Sonntag gestorben. Es handelt sich um einen 23jährigen Mann namens Erwin Geß. Die Zahl der Todesopfer ist damit auf 17 gestiegen.

Das Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. beginnt

Von unserem nach Frankfurt entsandten -tt-Mitarbeiter

Heute, Donnerstag, am 21. Juli, begann in Frankfurt a. M. das XI. Deutsche Sängerbundesfest mit der Bannerübergabe auf dem Römerberge.

Das Sängerfest, dessen Zustandekommen so viel Kopfzerbrechen machte und von der wirtschaftlichen Notzeit so sehr bedroht war, nahm nun — der unverwüstlichen Tatkraft und Begeisterung der deutschen Sänger ist es zu danken — seinen Anfang. Frankfurt hat Festschmuck angelegt, der Platz vor dem Bahnhof bietet ein freudiges Bild durch die Farben der zahllosen Fahnen, und in allen Straßen flattern die bunten Wimpel zum Gruße der Sänger: gilt es doch, nicht nur die vielen Tausende von Sängern aus allen Gegenden des Reiches zu empfangen, sondern die Stadt erwartet auch eine große Zahl Auslandsdeutscher. Und nicht nur die Deutschen des europäischen Auslandes beweisen mit ihrem Kommen die Liebe zur Heimat, nein, von weither kommen sie, aus Amerika, aus Palästina, aus den früheren deutschen Kolonien! Sie alle vereinigen sich in diesen Tagen, vom 21. bis 25. Juli, zu gemeinsamem Singen, um die einigende Kraft der deutschen Musik an sich selbst zu spüren und die aus der Kunst gewonnene Begeisterung hinüberzutragen in die Herzen der Zuhörer. Wahrhaftig, vergegenwärtigt man sich die Mühe und Arbeit, die Opfer, die zum Zustandekommen eines solchen Festes in dieser Zeit nötig sind, — so hat man ein Bild des deutschen Idealismus.

Stand das letzte Sängerbundesfest in Wien (1928) im Zeichen Schuberts, so steht das diesjährige im Zeichen Goethes. In mehrfacher Hinsicht mögen sich die Sänger dem Dichter verbunden fühlen. Sie feiern ihr Fest in der Geburtsstadt Goethes, umgeben von der Stimmung des Goethegedenkjahres. Doch auch historisch bestehen Zusammenhänge: Goethes Musikerfreund Zelter war es, der 1809 die Berliner „Liedertafel" gründete und damit dem Männergesang in seinen Anfängen bedeutsame Anregung gab. Und drittens: Wieviel Chormusik ist durch Dichtungen Goethes entzündet worden! Und so ist es gleichsam die Huldigung der Sänger an den Dichter, wenn sie im Programm des Festes vor allem Chorwerke bevorzugen, die Goethes Verse zur Grundlage haben.

In der wundervollen Frankfurter Altstadt, an der schönsten Stelle, auf dem „Römerberg" — dort, wo in den eben vergangenen Tagen die Freilichtaufführungen von „Götz" und „Egmont" tiefe Eindrücke hinterlassen haben, wo also Geist und Luft des Dichters noch lebendig weht, — dort nahm nun auch das Sängerfest mit der „Bannerübergabe", mit Gesang und Ansprachen feierlich den Anfang.

Der Festakt

Nachdem kurz vor Mittag das Bundesbanner am Hauptbahnhof angelangt und feierlich zum Römer gebracht worden war, fand dort als Auftakt des Festes die feierliche Bannerübergabe im Kaisersaal statt. Der „Wach-Auf-Chor" aus den „Meistersingern" bildete die stimmungsvolle Einleitung. Hierauf ergriff Hofrat Josef A. Jaksch, der Vorsitzende des letzten Wiener Sängerbundfestes, das Wort zur ersten Begrüßungsansprache. Er würdigte insbesondere die Bedeutung der Feststadt Frankfurt als Kulturstätte, wies auf Goethe als den geistigen Schutzherrn des Festes hin und frischte Erinnerungen an die begeisternden Eindrücke des Wiener Festes auf. Er übergab das Banner dann mit herzlichen Worten dem Vorsitzenden des Frankfurter Festes, Rechtsanwalt Dr. Karl Herrmann.

Dieser sprach nun zunächst den Wienern nochmals den Dank der Sängerschaft aus und gedachte dann der schweren Not der Zeit, die diesmal das Fest belaste. Er rechtfertigte aber auch den Gedanken, das Fest trotz dieser Not abzuhalten, und stellte mit Freude fest, daß doch etwa 40 000 deutsche Sänger auch diesmal sich zusammengefunden haben. Sein besonderer Dank galt dem Oberbürgermeister Dr. Landmann für die hingebungsvolle Vorarbeit, die das Fest ermöglicht hat. Der Oberbürgermeister seinerseits betonte dann als nächster Festredner insbesondere den volkseinigenden Charakter des Festes. Auch er gab außerdem noch der Verbundenheit dieser Festtage mit dem Genius Goethe Ausdruck und wies auf die besonderen nationalen und geschichtlichen Erinnerungen der Feststätte hin und gab unter tosendem Beifall der Hoffnung auf kommende friedvolle Gesundung Deutschlands Ausdruck. Der Oberbürgermeister übernahm dann das Bundesbanner in den Schutz der Stadt Frankfurt. Als letzter Redner sprach endlich Geheimrat Dr. Karl Hammerschmidt (München), der Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes. Er ging insbesondere auf die musikalische Eigenart des Festes ein und sprach die Hoffnung auf ein schönes Gelingen aus. Sein besonders herzlicher Gruß galt den auslandsdeutschen Sängern. Er schloß mit einem Heilruf auf deutsches Lied und deutsches Vaterland. Bruckners Chor „Das deutsche Lied", gesungen von Frankfurter Chorvereinen mit Blasorchesterbegleitung, schloß die Feier eindrucksvollst ab, geleitet von Chormeister Gustav Maerz.

Kunst und Wissenschaft

†* **Mitteilung der Komödie.** Allabendlich 8,15 Uhr der erfolgreiche Schwank „Der Meisterboxer" von Otto Schwartz und Carl Mathern mit Lore Schubert, Eduard Wenck, Paul Rainer und Wolf Kerstan in den Hauptrollen. Bedeutend ermäßigte Sommerpreise.

†* **Das Zwingerkonzert der Frauenerwerbshilfe.** Da Frau Sayle-Thiel erkrankt ist, wird Frau Aline Kretschmann-Arnold — früheres Mitglied der Münchner Staatsoper — singen. Ferner hat der Tenor Horst Taubmann, welcher im vergangenen Winter bei einem Konzert im Rathaus sang, seine Mitwirkung zugesagt. Die Begleitung hat abwechselnd Herr Horst Kiehl und Herr von Kessinger übernommen. Tina Flade, welche im August nach Amerika geht, tanzt außer den beim letzten Konzert mit so viel Beifall aufgenommenen Tänzen noch die Polonäse von Moskowsky. Das Konzert beginnt um 8 Uhr abends.

†* **Zusammenschluß der Bamberger Kunstvereine.** Der Kunstverein, der Graphische Verein und der Kunstgewerbliche Verein in Bamberg haben sich zu einem „Verein für Kunst, Literatur und Kunstgewerbe" zusammengeschlossen. Ehrenvorsitzender des neuen Vereins ist der Bamberger Oberbürgermeister Weegmann.

†* **Ein Preisausschreiben für die europäische Studentenschaft.** An alle Studierenden Europas richtet die „New History Society" in Neuyork (182, East 65th Street) die Einladung, sich zu der Frage zu äußern: „Wie kann die Universitätsjugend zur Verwirklichung der Vereinigten Staaten der Welt beitragen?" Die Arbeiten, für die Preise von 800, 200 und 100 Dollar ausgesetzt sind, dürfen nicht mehr als 1200 Worte umfassen und vorher weder öffentlich vorgelesen, noch im Druck erschienen sein.

†* **Eröffnung der Lutherakademie.** Die neugegründete Lutherakademie in Sondershausen wird am 7. August eröffnet. In erster Linie sind Kurse für lutherische Geistliche geplant, denen auch eine große Fachbibliothek über Luther und die lutherische Kirche zur Verfügung steht. Die Akademie, die ihre Entstehung dem lutherischen Weltkonvent in Kopenhagen 1929 verdankt, soll den Austausch wissen-